8. Dokumentation

Zusammengestellt von ANDREAS MAURER

Die folgende Dokumentation der Gemeinschafts- und Unionsakte ist in drei Teile gegliedert. Der erste Teil enthält Dokumente der Institutionen und Organe zur institutionellen Struktur und zu den interinstitutionellen Beziehungen innerhalb des Entscheidungssystems der Europäischen Union sowie Grundsatzentscheidungen des Europäischen Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz. Der zweite politikbereichsspezifische Teil gibt Fundstellen über wichtige Rechtsakte der Organe der Europäischen Gemeinschaft, Jahresberichte und Legislativvorschläge der Europäischen Kommission, Entschließungen des Europäischen Parlamentes (EP) und Schlußfolgerungen bzw. Entschließungen des Europäischen Rates sowie des Ministerrates der Europäischen Union wieder. Nicht aufgenommen werden Stellungnahmen und Standpunkte der beteiligten Gemeinschaftsorgane und -institutionen im Verlauf der Rechtssetzung (erste, zweite und dritte Lesungen etc.). Im dritten Teil werden die Ergebnisse der Wahlen zum EP vom Juni 1999 dokumentiert. Neben den Wahlergebnissen der Mitgliedstaaten finden sich hier auch Übersichten über die Wahlbeteiligung sowie über die Zusammensetzung des neu gewählten Parlamentes.

Zusätzlich zu dieser Aufstellung sei hier auf andere Publikationen verwiesen, die Quellenangaben zur Tätigkeit der Europäischen Union enthalten. Alle abgeschlossenen, gültigen Rechtsakte der Europäischen Union, die im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht werden, sind in dem halbjährlich erscheinenden „Fundstellennachweises des geltenden Gemeinschaftsrechts" unter Angabe der Rechtsform, des Datums und der Fundstelle des Erlasses oder der Veröffentlichung des Rechtsaktes sowie dessen Nummer bibliographiert, wobei die Dokumente nach der Sachgebietsgliederung des CELEX-Systems (Interinstitutionelles System für die automatisierte Dokumentation des Gemeinschaftsrechts) geordnet werden. Im Gegensatz zur CELEX-Datenbank listet das Fundstellenverzeichnis nur die Akte auf, die zum Zeitpunkt der Verzeichniserstellung gültig waren. Zeitreihenanalysen über die Entwicklung des gemeinschaftlichen Besitzstands lassen sich daher nur mit dem CELEX-System erstellen. Der Zugang zum CELEX-System selbst ist weiterhin kostenpflichtig. In der Regel bieten die Europäischen Dokumentationszentren (z.B. an Universitäten) eine jeweils halbjährlich aktualisierte Version des CELEX auf CD-ROM an, deren Zugang kostenfrei ist. Die norwegische Rechtsdatenbank Lovdata bietet einen kostenlosen, auf zwei Wochen befristeten Zugang in das komplette CELEX-Angebot in englischer Sprache. Der „Eintritt" (zur einfachen Beantragung eines Paßwortes) erfolgt über die Adresse „http://www.

lovdata.no/clx/info/". Auch das Europäische Parlament (europarl.eu.int) offeriert die Erfassung aller in den Amtsblättern der Serie L und C veröffentlichten Akte. Einsehbar sind hier aber nur die Inhaltsverzeichnisse der Amtsblätter. Das Europäische Dokumentationszentrum an der Universität Mannheim (uni-mannheim.de/users/ddz/edz/edz.html) bietet schließlich einen kostenfreien Zugang zu den im CELEX-System auffindbaren Akten der EG. Möglich sind sowohl Titel- als auch Volltextabfragen. Daneben können auch Legislativvorschläge, Grün- und Weißbücher der Kommission sowie Dokumente des EP und des Wirtschafts- und Sozialausschusses für statistische Zwecke ausgewertet sowie als Volltextversionen bearbeitet werden.

Der Internet-Server „europa.eu.int" bietet eine Fülle an Informationen über laufenden Tätigkeiten der EG-Organe. Das Amt für amtliche Veröffentlichungen der EG – EUR-OP (Internetzugang über den Europa-Server) gibt Hinweise zur Anmeldung und Nutzung der kostenpflichtigen Dienste. Seit 1998 sind systematische Recherchen in der ECLAS-Bibliothek der Kommission und in der SCAD-Datenbank möglich (europa.eu.int/comm/dg10/librairies/catalogues/index_en.htm).

Das Europäische Parlament stellt im Internet die ursprünglich für die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten erstellte Datenbank „OEIL – Observatoire Législatif" mit Querverweisen zum Entscheidungsprozeß derjenigen Rechtsakte zur Verfügung, an denen es selbst beteiligt war oder ist (europarl.eu.int). Daneben ermöglicht OEIL auch die systematische Erfassung aller nicht-legislativen Parlamentsakte (parlamentarische Anfragen, Initiativberichte etc.). Systematische Suchergebnisse können ebenfalls auf der EUDOR-Datenbank (Zugang über EUR-OP) erzielt werden. Akte des Rates im Rahmen der GASP und der Innen- und Justizpolitik werden auf einer eigens hierfür bereitgestellten Homepage (ue.eu.int) zur Verfügung gestellt und laufend aktualisiert. Hinzuweisen ist schließlich auf das RAPID-System (europa.eu.int/en/comm/spp/rapid.html), welches unter anderem die umfangreichen Pressezusammenfassungen der einzelnen Ratssitzungen enthält. Möglich wird hiermit die chronologische Suche nach Akten aus bestimmten Ratszusammensetzungen (ECOFIN etc.). 1998 beschloß der Rat, das Register der nicht als Verschlußsache eingestuften Ratsdokumente der Öffentlichkeit über den Internet-Server „ue.eu.int." zugänglich zu machen. Damit werden auch Dokumente einsehbar, die nicht im Amtsblatt der EG erscheinen. Der Europäische Gerichtshof und das Gericht Erster Instanz haben ihr Internet-Angebot erheblich ausgeweitet. Über die Internet-Seite „curia.eu.int" sind Urteile, laufende Verfahren und sonstige nützliche Informationen abrufbar. Verbessert worden ist auch der Zugang zu Dokumenten des Europäischen Rechnungshofes (eca.eu.int), der seine Berichte und Sonderberichte im Internet zur Verfügung stellt. Im Zuge der Transparenzpolitik des Rates hat sich auch EUROPOL zur Öffnung einer Internet-Seite entschlossen. Unter „europol.eu.int" finden sich einige interessante, für die wissenschaftliche Auswertung jedoch noch unzureichende Dokumente.

Der nach Artikel 212 EGV dem EP vorzulegende „Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union" der Europäischen Kommission beinhaltet zusammenfassende Darstellungen über den Stand der Gesetzgebung der Europäischen Union

sowie über die laufende Tätigkeit der Institutionen der EU und eine diesbezügliche nach Entscheidungsverfahren und Politikbereichen geordnete tabellarische Übersicht. Die Sitzungen und Akte des Rates werden in dem jährlich erscheinenden „Überblick über die Tätigkeit des Rates (Bericht des Generalsekretärs)" zusammenfassend dargestellt. Das ebenfalls von der Kommission monatlich herausgegebene „Bulletin der Europäischen Union" folgt der thematischen Gliederung des „Gesamtberichts". Neben einer einleitenden Zusammenfassung über die wichtigsten Ereignisse im Berichtsmonat werden die legislativen und sonstigen Akte der EG/EU und ihrer Institutionen erläutert und vorangegangenen Tätigkeiten zugeordnet. Berichte aus den Ausschüssen des EP werden in dessen Reihe „Sitzungsdokumente" veröffentlicht, in der Datenbank „OEIL" gemeinsam mit den Entschließungsanträgen, parlamentarischen Anfragen und Sitzungsdebatten und anderen Parlamentsakten systematisch dokumentiert und seit 1996 auf dem Internet-Server des Parlamentes zur Verfügung gestellt.

Gliederung

1. INSTITUTIONEN DER EUROPÄISCHEN UNION

1.1. Der Europäische Rat
1.2. Der Rat der Europäischen Union
1.3. Die Europäische Kommission
1.4. Das Europäisches Parlament
1.5. Der Europäische Gerichtshof – Gericht Erster Instanz
1.6. Das Europäische Währungsinstitut – Die Europäische Zentralbank
1.7. Der Europäische Rechnungshof

2. POLITIKBEREICHE DER EUROPÄISCHEN UNION

2.1. Agrar- und Fischereipolitik
2.2. Wirtschaftspolitik
2.3. Währungspolitik
2.4. Haushalts- und Finanzpolitik
2.5. Binnenmarktpolitik
2.6. Wettbewerbs- und Industriepolitik
2.7. Regional- und Strukturpolitik
2.8. Sozial-, Beschäftigungs- und Gesundheitspolitik
2.9. Umweltpolitik
2.10. Energiepolitik
2.11. Verkehrspolitik und Transeuropäische Netze (TEN)
2.12. Forschung und Technologie
2.13. Bildungs- und Jugendpolitik
2.14. Kulturpolitik
2.15. Justiz- und Innenpolitik
2.16. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
2.17. Außenwirtschafts-, Assoziierungs- und Beitrittspolitik
2.18. Entwicklungspolitik

3. DIE WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

4. DIE ZUSAMMENSETZUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTES

1. INSTITUTIONEN DER EUROPÄISCHEN UNION

1.1. Der Europäische Rat

Dokumente der Ratspräsidentschaften und der Sitzungen des Europäischen Rates können über die Homepage des Rates „ue.eu.int" unter der Querverbindung „Presidencies" eingesehen werden.

Europäischer Rat von Wien (11./1212.1998), Dokument des Rates Nr. 00300/1/98 REV (Presse).

Vienna European Council Presidency conclusions

Annex I: Resolution of the European Council awarding the title of Honorary Citizen of Europe to the former Federal Chancellor Dr. Helmut Kohl, Member of the German Bundestag.

Annex II: Report to the European Council on the state of preparation for Stage 3 of EMU, in particular the external representation of the Community – Report to the European Council on economic policy-co-ordination.

Annex III: Council Conclusions on EU Enlargement (General Affairs Council, 7 December 1998).

Annex IV: Documents submitted to the European Council (-Auszüge -).

Europäischer Rat von Berlin, 24./25.3.1999, Schlußfolgerungen des Vorsitzes.

Teil I – AGENDA 2000.

II. Die neue Finanzielle Vorausschau.

A. Allgemeines.

B. Darstellung der Finanziellen Vorausschau im Zusammenhang mit der Erweiterung.

C. Grundsätze für eine Erneuerung der Interinstitutionellen Vereinbarung.

III. Eigenmittel und Haushaltsungleichgewichte.

TEIL II – Erklärung zur Ernennung des Präsidenten der Kommission.

TEIL III – Erklärungen zum Kosovo.

TEIL IV – Sonstige Erklärungen.

Europäischer Rat von Köln, 3./4.6.1999, Schlußfolgerungen des Vorsitzes.

Anhang I: Entschließung des Europäischen Rates und Bericht über den Europäischen Beschäftigungspakt.

Anhang II: Gemeinsame Strategie der Europäischen Union für Rußland.

Anhang III: Erklärung des Europäischen Rates und Bericht des Vorsitzes über die Stärkung der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Anhang IV: Beschluß des Europäischen Rates zur Erarbeitung einer Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

Anhang V: Erklärung des Europäischen Rates zum Kosovo.

Anhang VI: Dem Europäischen Rat in Köln vorgelegte Dokumente.

1.2. Der Rat der Europäischen Union

Der Rat unterhält eine Internet-Homepage: „ue.eu.in", auf der die Pressezusammenfassungen der Ratssitzungen sowie speziell erstellte Datenbanken zu den Bereichen GASP, Inneres und Justiz und WWU abgerufen werden können.

Council, Secretary General of the Council: Operation of the Council with an Enlarged Union in prospect, report by the working party set up by the Secretary General of the Council, Document SN 2139/99, 10.3.1999/11.3).

Entscheidung des Rates v. 25.1.1999 über ein spezifisches Programm zur Sicherung der internationalen Stellung der Gemeinschaftsordnung (1998-2002), ABl., Nr. L 64 v. 12.3.1999.

Beschluß des Rates v. 31.5.1999 zur Festlegung seiner Geschäftsordnung, ABl., Nr. L 147 v. 12.6.1999.

1.3. Die Europäische Kommission

Die im Rahmen des Ernennungsverfahrens zur neuen Kommission „Prodi" erfolgten Beschlüsse, Entschließungen des Europäischen Parlamentes

und Reden des Kommissionspräsidenten sowie Übersichten über die anderen Kommissare, ihre Aufgabenbereiche und die Neuordnung der Kommission (Aufbau der Generaldirektionen und Zuordnung zu den Kommissaren, Verhaltenskodex der Kommissare) finden sich auf der Homepage der Europäischen Kommission.

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 1999, KOM (1998) 604 v. 28.10.1998.

Commission report (COM 1998 715): Better Lawmaking: A shared responsibility, 2.12.1998.

EUROBAROMETER No. 50, Fieldwork 10-11 (1998), Brussels, March 1999.

Commission Communication to the European Parliament and the Council: Effects of the entry into force of the Amsterdam Treaty on current legislative procedures, SEK(1999)581, April 1999.

Council decision 1999/468 laying down the procedures for the exercise of implementing powers conferred on the Commission, ABl., Nr. L 184 v. 17.7.1999.

1.4. Das Europäische Parlament

Das Parlament hat eine umfangreiche Internet-Homepage „europarl.eu.int" mit Querverbindungen zum Europäischen Ombudsmann, den Europäischen Parteien und den nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten. Sämtliche seit 1995 erschienen Berichte, Entschließungsanträge und Beschlüsse des Parlamentes sowie weitere Hintergrunddokumente des Wissenschaftlichen Dienstes, des Vermittlungsausschusses und der Untersuchungsausschüsse sind hierüber einsehbar. Die im Anschluß an den Amsterdamer Vertrag vollständig überarbeitete Geschäftsordnung des Europäischen Parlamentes in der Fassung vom 11. März 1999 einschließlich der Änderungen (Neuordnung der Ausschüsse) vom 15. April 1999 und vom 4. Mai 1999 kann als PDF-Dokument von der Internet-Seite des Europäischen Parlamentes (europarl.eu.int/dg7/rules/en/default. htm) heruntergeladen werden.

Resolution on the A4-0212/98 Report on the preparation of a draft procedure including common principles for the election of Members of the European Parliament, ABl., Nr. C 292 v. 21.9.1998.

Resolution on the A4-0271/98 Report on the new co-decicion procedure after Amsterdam – Committee on Institutional Affairs Implementation of the Amsterdam Treaty: revision of the procedure under Article 189b (codecision), ABl., Nr. C 292 v. 21.9.1998.

Resolution on the A4-0488/98 Report on the institutional implications of the approval by the European Parliament of the President of the Commission and the independence of the members of the Commission, ABl., Nr. C 104 v. 14.4.1999.

A4-0049/99 Report on the decision-making process in the Council in a enlarged Europe, v. 21.1.1999.

A4-0158/99 Report on improvements in the functioning of the Institutions without modification of the Treaties, v. 24.3.1999.

A4-0169/99 Report on the proposal for a Council Decision laying down the procedures for the exercise of implementing powers conferred on the Commission, v. 6.5.1999.

A4-0206/99 Report on the Joint Declaration on practical arrangements for the new codecision procedure (Article 251 of TEC), v. 5.5.1999.

1.5. Der Europäische Gerichtshof – Gericht Erster Instanz

Rechtssache T-135-96, UEAP/Rat, Slg. 1998; Beschluß v. 17.6.1998 (Nichtigkeit einer Richtlinie kann auch von Privatpersonen verlangt werden, wenn sie von den angefochtenen Bestimmungen unmittelbar und individuell betroffen sind).

Rechtssache C-53-96, Hermès International/FHT Marketing Choice BV, Slg. 1998 v. 16.6.1998 (EuGH ist zuständig für Vorabentscheidungen im Hinblick auf das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS-Abkommen)).

Jahresbericht 1998 des Europäischen Gerichtshofes, v. 18.3.1999.

Beschluß des Rates v. 26.4.1999 zur Änderung des Beschlusses 88/591/EGKS, EWG, Euratom zur Errichtung eines Gerichtes erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften, durch die es dem Gericht ermöglicht werden soll, als Einzelrichter zu entscheiden, ABl., Nr. L 114 v. 1.5.1999.

Bericht des Präsidenten des Europäischen Gerichtshofes an den Rat der Justizminister der EU: Vorschläge und Überlegungen zur Zukunft des Gerichtssystems der Europäischen Union, v. 28.5.1999.

Rechtssache C-172/98, Kommission/Belgien, Slg. 1999; Beschluß v. 29.6.1999 (Verpflichtung

der Mitgliedstaaten nach Artikel 6 EG-Vertrag)

Rechtssache T-14/98, Hautala/Rat, Beschluß v. 19.7.1999 (Der Rat muß die Möglichkeit eines teilweisen Zugangs zu den Dokumenten prüfen).

1.6. Die Europäische Zentralbank

Entscheidung des Rates 98/415/EG: v. 29.6.1998 über die Anhörung der Europäischen Zentralbank durch die nationalen Behörden zu Entwürfen für Rechtsvorschriften, ABl., Nr. L 189 v. 3.7.1998.

Beschluß der Europäischen Zentralbank v. 9.6.1998 über die Verabschiedung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Europäischen Zentralbank, ABl., Nr. L 125 v. 19.5.1999.

Beschluß der Europäischen Zentralbank v. 7.7.1998 über die Stückelung, Spezifikation und Reproduktion sowie den Umtausch und den Einzug von Euro-Banknoten, ABl., Nr. L 8 v. 14.1.1999.

Beschluß der Europäischen Zentralbank v. 3.11.1998 über den Zugang der Öffentlichkeit zur Dokumentation und zu den Archiven der Europäischen Zentralbank, ABl., Nr. L 110 v. 28.4.1999.

Geschäftsordnung der Europäischen Zentralbank, ABl., Nr. L 125 v. 19.5.1999.

1.7. Der Europäische Rechnungshof

Sonderbericht Nr. 8/98 des Rechnungshofes über die mit der Betrugsbekämpfung befaßten Dienststellen der Kommission, insbesondere die Einheit für die Koordinierung der Betrugsbekämpfung UCLAF.

Sonderbericht Nr. 9/98 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union im Bereich der MwSt. im innergemeinschaftlichen Handelsverkehr.

Sonderbericht Nr. 10/98 über die Kostenerstattungen und Vergütungen für die Mitglieder des Europäischen Parlamentes, ABl., Nr. C 243 v. 3.8.1998.

Sonderbericht Nr. 17/98 über die Unterstützung für erneuerbare Energieträger in den Programmen JOULE-THERMIE und ALTENER, ABl., Nr. C 356 v. 20.11.1998.

Sonderbericht Nr. 19/98 über die Finanzierung bestimmter infolge der BSE-Krise getroffener Maßnahmen durch die Gemeinschaft, ABl., Nr. C 383 v. 9.12.1998.

2. POLITIKBEREICHE DER EUROPÄISCHEN UNION

2.1. Agrar- und Fischereipolitik einschließlich Agenda 2000

Richtlinie 98/45/EG des Rates betreffend die tierseuchenrechtlichen Vorschriften für die Vermarktung von Tieren und anderen Erzeugnissen der Aquakultur, ABl., Nr. L 189 v. 3.7.1998.

Verordnung (EG) Nr. 1254/1999 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch, ABl., Nr. L 160 v. 26.6.1999.

Verordnung (EG) Nr. 1255/1999 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse, ABl., Nr. L 160 v. 26.6.1999.

Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und zur Änderung bzw. Aufhebung bestimmter Verordnungen, ABl., Nr. L 160 v. 26.6.1999.

Verordnung (EG) Nr. 1258/1999 des Rates über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik, ABl., Nr. L 160 v. 26.6.1999.

Verordnung (EG) Nr. 1259/1999 des Rates zur Festlegung von Gemeinschaftsregeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik, ABl., Nr. L 160 v. 26.6.1999.

Verordnung (EG) Nr. 1263/1999 des Rates über das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei, ABl., Nr. L 161 v. 26.6.1999.

Verordnung (EG) Nr. 1268/1999 des Rates über eine gemeinschaftliche Förderung für Maßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes zur Vorbereitung des Beitritts der Bewerberländer in Mittel- und Osteuropa während des Heranführungszeitraums, ABl., Nr. L 161 v. 26.6.1999.

Verordnung (EG) Nr. 857/1999 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse, ABl., Nr. L 108 v. 27.4.1999.

2.2. Wirtschaftspolitik

Beschluß des Rates über die Gründzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft für 1998, ABl., Nr. L 200 v. 16.7.1998.

Stellungnahme des Rates zu den Stabilitätsprogrammen Finnlands und der Niederlande, ABl., Nr. C 372 v. 2.12.1998.

Stellungnahme des Rates zu den Konvergenzprogrammen Griechenlands und Dänemarks, ABl., Nr. C 3 v. 6.1.1999.

2.3. Währungspolitik

Richtlinie 98/32/EG des EP und des Rates: Solvabilitätskoeffizient für Kreditinstitute, ABl., Nr. L 204 v. 21.7.1998.

Verordnung (EG) Nr. 2818/98 der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht, ABl., Nr. L 356 v. 30.12.1998.

Verordnung (EG) Nr. 2819/98 der Europäischen Zentralbank über die konsolidierte Bilanz des Sektors der monetären Finanzinstitute, ABl., Nr. L 356 v. 30. 12.1998.

Beschluß des Rates über die Zusammensetzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses, ABl., Nr. L 358 v. 31.12.1998.

Beschluß des Rates über die Satzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses, ABl., Nr. L 5 v. 9.1.1999.

Beschluß der Europäischen Zentralbank über die Methode zur Festlegung der prozentualen Anteile der nationalen Zentralbanken im Schlüssel für die Zeichnung des Kapitals der Europäischen Zentralbank, ABl., Nr. L 8 v. 14.1.1999.

Beschluß der Europäischen Zentralbank zur Bestimmung der Maßnahmen, die zur Einzahlung des Kapitals der Europäischen Zentralbank erforderlich sind, ABl., Nr. L 8 v. 14.1.1999.

Beschluß der Europäischen Zentralbank zur Bestimmung der Maßnahmen, die zur Einzahlung des Kapitals der Europäischen Zentralbank durch die nationalen Zentralbanken nicht teilnehmender Mitgliedstaaten erforderlich sind, ABl., Nr. L 110 v. 28.4.1999.

Beschluß der Europäischen Zentralbank über die prozentualen Anteile der nationalen Zentralbanken im Schlüssel für die Zeichnung des Kapitals der Europäischen Zentralbank, ABl., Nr. L 125 v. 19.5.1999.

2.4. Haushalts- und Finanzpolitik

Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission zu den Rechtsgrundlagen und der Ausführung des Haushaltsplans, ABl., Nr. C 344 v. 12.11.1998.

Europäisches Parlament 99/105: Endgültige Feststellung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 1999, ABl., Nr. L 39 v. 12.2.1999

Verordnung 1026/1999 des Rates v. 10. 5.1999 zur Festlegung der Rechte und Pflichten der von der Kommission mit der Kontrolle der Eigenmittel der Gemeinschaft beauftragten Bediensteten, ABl., Nr. L 126 v. 20. 5.1999.

Vorschlag (KOM 99 333) der Kommission für einen Beschluß des Rates über das System der Eigenmittel der Europäischen Union, v. 8.7.1999.

2.5. Binnenmarktpolitik

Entscheidung 1496/98/EG des EP und des Rates: Programm SCHUMAN, ABl., Nr. L 196 v. 14.7.1998.

Richtlinie 98/37/EG des EP und des Rates: Angleichung der Rechtsvorschriften für Maschinen, ABl., Nr. L 207 v. 23.7.1998.

Richtlinie 98/44/EG des EP und des Rates: Rechtsschutz für biotechnologische Erfindungen, ABl., Nr. L 213 v. 30.7.1998.

Richtlinie 98/79/EG des EP und des Rates: In-vitro Diagnostika, ABl., Nr. L 331 v. 7.12.1998.

Richtlinie 98/78/EG des EP und des Rates: Beaufsichigung der Versicherungsunternehmen einer Versicherungsgruppe, ABl., Nr. 330v. 5.12.1998.

Richtlinie 1999/44/EG des EP und des Rates v. 25.5.1999 zu bestimmten Aspekten des Verbrauchsgüterkaufs und der Garantien für Verbrauchsgüter, ABl., Nr. L 171 v. 7.7.1999.

2.6. Wettbewerbs- und Industriepolitik

Verordnung 1540/98 des Rates über die Neuregelung der Beihilfen im Schiffbau, ABl., Nr. L 202 v. 18.7.1998.

VI. Bericht der Kommission über staatliche Beihilfen im verarbeitenden Gewerbe und anderen Sektoren, KOM (1998) 417, v. 1.7.1998.

XXVIII. Bericht über die Wettbewerbspolitik 1998, Europäische Kommission, Mai 1999.

2.7. Regional- und Strukturpolitik einschließlich Agenda 2000

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds, ABl., Nr. L 161 v. 26.6.1999.

Verordnung (EG) Nr. 1261/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, ABl., Nr. L 161 v. 26.6.1999.

Verordnung (EG) Nr. 1262/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend den Europäischen Sozialfonds, ABl., Nr. L 161 v. 26.6.1999.

Verordnung (EG) Nr. 1264/1999 des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1164/94 zur Errichtung des Kohäsionsfonds, ABl., Nr. L 161 v. 26.6.1999.

2.8. Sozial-, Beschäftigungs- und Gesundheitspolitik

Vorschläge, Berichte und andere Dokumente der Gemeinschaftsorgane aus dem Bereich der Beschäftigungspolitik finden sich auf der Homepage der Generaldirektion V der Kommission: „europa.eu.int/comm/dg05/ key_en. htm".

Richtlinie 98/43/EG des EP und des Rates: Werbung für Tabakerzeugnisse, ABl., Nr. L 213 v. 30.7.1998.

Richtlinie 98/59/EG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Massenentlassungen, ABl. L 225 v. 20.7. 998.

Beschluß 2119/98/EG des EP und des Rates: Netz für die epidemiologische Überwachung und die Kontrolle übertragbarer Krankheiten, ABl., Nr. L 268 v. 3.10.1998.

Jahresbericht der Kommission über die Beschäftigungslage in Europa – 1998, KOM (1998) 666 v. 20.11.1998.

Beschluß Nr. 372/1999/EG des EP und des Rates: Aktionsprogramm betreffend die Verhütung von Verletzungen innerhalb des Aktionsrahmens im Bereich der öffentlichen Gesundheit (1999-2003), ABl., Nr. L 46 v. 20. 2.1999

Richtlinie 1999/70/EG des Rates zu der EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge, ABl., Nr. L 175 v. 10.7.1999.

Beschluß Nr. 1296/1999/EG des EP und des Rates: Aktionsprogramm betreffend durch Umweltverschmutzung bedingte Krankheiten innerhalb des Aktionsrahmens im Bereich der öffentlichen Gesundheit (1999-2001), ABl., Nr. L 155 v. 22.6.1999.

2.9. Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik

Beschluß 2179/98/EG des EP und des Rates: Überprüfung des Fünften Aktionsprogramms für eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung, ABl., Nr. L 275 v. 10.10.1998.

Richtlinie 98/69/EG des EP und des Rates: Verunreinigung der Luft durch Emissionen von Kraftfahrzeugen, ABl., Nr. L 350 v. 28.12.1998.

Richtlinie 98/70/EG des EP und des Rates: Qualität von Benzin und Dieselkraftstoffen, ABl., Nr. L 350 v. 28.12.1998.

Beschluß Nr. 283/1999/EG des EP und des Rates: Rahmen für Gemeinschaftstätigkeiten zugunsten der Verbraucher, ABl., Nr. L 34 v. 9.2.1999

Vorschlag der Kommission KOM(98) 622: Verordnung des Rates über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung, ABl., Nr. C 400/98.

2.10. Energiepolitik

Richtlinie 98/30/EG des EP und des Rates: Gemeinsame Regelung für den Binnenmarkt Naturgas, ABl., Nr. L 204 v. 21.7.1998.

Entscheidung des Rates über ein Mehrjahresprogramm zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Energiebereich (1998-2002), ABl., Nr. L 7 v. 13.1.1999.

Entscheidung des Rates über ein Mehrjahresprogramm für technologische Maßnahmen zur Förderung der sauberen und effizienten Nutzung fester Brennstoffe (1998-2002), ABl., Nr. L 7 v. 13.1.1999.

Entscheidung des Rates zur Festlegung eines Mehrjahresprogramms für Studien, Analysen, Prognosen und damit verbundene Arbeiten im Energiebereich (1998-2002), ABl., Nr. L 7 v. 13.1.1999.

2.11. Verkehrspolitik und TEN

Richtlinie 98/61/EG des EP und des Rates: Übertragbarkeit von Nummern und Betreiber-

vorwahl, ABl., Nr. L 268 v. 3.10.1998.

Verordnung 2196/98 des Rates über den kombinierten Güterverkehr – Finanzbeihilfen, ABl., Nr. L 277 v. 14.10.1998.

Verordnung 2411/98 des Rates über die Zulassung von Kraftfahrzeugen, ABl., Nr. L 299 v. 10.11.1998.

2.12. Forschung und Technologie

Beschluß Nr. 182/1999/EG des EP und des Rates über das Fünfte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1998-2002), ABl., Nr. L 26 v. 1.2.1999.

Entscheidung des Rates über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle durch direkte Aktion für die Europäische Gemeinschaft durchzuführendes spezifisches Programm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (1998-2002), ABl., Nr. L 64 v. 12.3.1999.

Entscheidung des Rates über spezifische Programme für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration auf den Gebieten Ausbau des Potentials an Humanressourcen in der Forschung und Verbesserung der sozioökonomischen Wissensgrundlage (1998-2002), Benutzerfreundlichkeit in der Informationsgesellschaft, Energie, Umwelt und nachhaltige Entwicklung, Lebensqualität und Management lebender Ressourcen, Wettbewerbsorientiertes und nachhaltiges Wachstum, Förderung der Innovation und der Einbeziehung von KMU, ABl., Nr. L 64 v. 12.3.1999.

Commission report (COM 99 284): Research and Technological Development Activities of the EU – 1999 Annual Report, 16.6.1999.

2.13. Bildungs- und Jugendpolitik

Beschluß 1686/98/EG des EP und des Rates: Aktionsprogramm Europäischer Freiwilligendienst für Jugendliche, ABl., Nr. L 214 v. 31.7.1998.

Decision of the Council: TEMPUS III programme, ABl., Nr. L 120 v. 8.5.1999.

Beschluß des Rates über die Durchführung der zweiten Phase des gemeinschaftlichen Aktionsprogramms in der Berufsbildung „Leonardo da Vinci", ABl., Nr. L 146 v. 11.6.1999.

2.14. Kulturpolitik

Beschluß 1419/1999/EG des EP und des Rates: Einrichtung einer Gemeinschaftsaktion zur Förderung der Veranstaltung „Kulturhauptstadt Europas" für die Jahre 2005 bis 2019, ABl., Nr. L 166 v. 1.7.1999.

Beschluß Nr. 476/1999/EG des EP und des Rates: Förderprogramm im Bereich Buch und Lesen einschließlich der Übersetzung (Ariane), ABl., Nr. L 57 v. 5.3.1999.

Beschluß Nr. 477/1999/EG des EP und des Rates: Programm zur Förderung künstlerischer und kultureller Aktivitäten mit europäischer Dimension (Kaleidoskop), ABl., Nr. L 57 v. 5.3.1999.

2.15. Justiz- und Innenpolitik

Gemeinsame Maßnahme zur Schaffung eines Mechanismus zur gemeinsamen Bewertung der Übernahme, Anwendung und effizienten Umsetzung des Besitzstandes der Europäischen Union in den Bereichen Justiz und Inneres durch die Beitrittsländer, ABl., Nr. L 191 v. 7.7.1998.

Gemeinsame Maßnahme zur Einrichtung eines Europäischen Justitiellen Netzes, ABl., Nr. L 191 v. 7.7.1998.

Beschluß der Kommission zur Errichtung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), ABl., Nr. L 136 v. 31.5.1999.

Beschluß des Rates über den Abschluß des Übereinkommens mit der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung dieser beiden Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstandes, ABl., Nr. L 176 v. 10.7.1999.

Beschluß des Rates über eine Gemeinsame Kontrollinstanz (Artikel 115 SchDÜ v. 14.6.1985) betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an gemeinsamen Grenzen, unterzeichnet am 19.6.1990, ABl., Nr. L 176 v. 10.7.1999.

Beschluß des Rates zur Festlegung der Rechtsgrundlagen für die einzelnen Bestimmungen und Beschlüsse, die den Schengen-Besitzstand bilden, nach Maßgabe der einschlägigen Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und des Vertrags über die Europäische Union, ABl., Nr. L 176 v. 10. 7.1999.

Beschluß des Rates über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Europarat zur Begrün-

dung einer engen Zusammenarbeit zwischen der Beobachtungsstelle und dem Europarat zur Einrichtung der Europäischen Stelle zur Beobachtung rassistischer und fremdenfeindlicher Phänomene, ABl., Nr. L 44 v. 18.2.1999.

EUROPOL – Actes du Conseil établissant les règles relatives aux relations extérieures d'EUROPOL avec les Etats tiers et les instances non liées à l'Union européenne doc.10889/98; arrêtant des règles relatives à la réception par EUROPOL d'informations émanant des tiers, doc. 10887/98; EUROPOL 92; adoptant la réglementation sur la protectionv. secret des informations d'EUROPOL, doc. 10884/98; EUROPOL 89; adoptant les règles applicables aux fichiers d'EUROPOL créés à des fins d'analyse, doc. 10882/98 EUROPOL 87; ABl., Nr. C 26 v. 30.1.1999.

Gemeinsame Maßnahme betreffend Projekte und Maßnahmen zur konkreten Unterstützung der Aufnahme und der freiwilligen Rückführung von Flüchtlingen, Vertriebenen und Asylbewerbern einschließlich Soforthilfemaßnahmen für Personen, die infolge der jüngsten Ereignisse im Kosovo geflüchtet sind, ABl., Nr. L 114 v. 1.5.1999.

Initiative de la République fédérale d'Allemagne portant sur l'adoption par le Conseil d'une décision concernant l'amélioration de l'échange d'informations en vue de lutter contre les contrefaçons de documents de voyage, ABl., Nr. C 176 v. 22.6.1999.

Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über die internen Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), ABl., Nr. L 136 v. 31.5.1999.

Statut du personnel d'EUROPOL, ABl., Nr. C 26 v. 30.1.1999.

Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), ABl., Nr. L 136 v. 31.5.1999.

Verordnung (EG) Nr. 574/1999 des Rates zur Bestimmung der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen der Mitgliedstaaten im Besitz eines Visums sein müssen, ABl., Nr. L 72 v. 18.3.1999.

2.16. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Gemeinsamer Standpunkt betreffend ein Flugverbot zwischen der Bundesrepublik Jugoslawien und der Europäischen Gemeinschaft für jugoslawische Fluggesellschaften, ABl., Nr. L 190 v. 4.7.1998.

Beschluß des Rates zur Verlängerung der Gemeinsamen Aktion 98/375/GASP betreffend die Ernennung eines EU-Sonderbeauftragten für die Bundesrepublik Jugoslawien, ABl., Nr. L 23 v. 30. 1.1999.

Beschluß des Rates über die Durchführung der Gemeinsamen Aktion betreffend einen Beitrag der Europäischen Union zum Wiederaufbau funktionierender Polizeikräfte in Albanien, ABl., Nr. L 63 v. 12.3.1999.

Beschluß des Rates zur Änderung des Beschlusses 94/942/GASP über gemeinsame Aktion zur Ausfuhrkontrolle von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, ABl., Nr. L 73 v. 19.3.1999.

Beschluß des Rates v. 9.3.1999 zur Ergänzung der gemeinsamen Aktion 95/545/GASP betreffend die Beteiligung der Union an den Strukturen zur Umsetzung der Friedensregelung für Bosnien und Herzegowina, ABl., Nr. L 63 v. 12.3.1999.

Gemeinsame Aktion betreffend einen Beitrag der Europäischen Union zum Wiederaufbau funktionierender Polizeikräfte in Albanien, ABl., Nr. L 63 v. 12.3.1999.

Gemeinsamer Standpunkt betreffend Äthiopien und Eritrea, ABl., Nr. L 72 v. 18.3.1999.

Gemeinsamer Standpunkt zu einem Boykott der Lieferung und des Verkaufs von Erdöl und Erdölerzeugnissen an die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ), ABl., Nr. L 108 v. 27.4.1999.

Verordnung (EG) Nr. 900/1999 des Rates betreffend das Verbot des Verkaufs und der Lieferung von Erdöl und bestimmten Erdölerzeugnissen an die Bundesrepublik Jugoslawien, ABl., Nr. L 114 v. 1.5.1999.

Gemeinsamer Standpunkt betreffend einen Stabilitätspakt für Südosteuropa, ABl., Nr. L 136 v. 31.5.1999.

Beschluß des Rates zur Durchführung des gemeinsamen Standpunkts 98/633/GASP betreffend den Prozeß für Stabilität und gute Nachbarschaft im Südosten Europas, ABl., Nr. L 141 v. 4.6.1999.

Beschluß des Rates zur Durchführung des Gemeinsamen Standpunkts 1999/318/GASP

betreffend zusätzlich restriktive Maßnahmen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, ABl., Nr. L 140 v. 3.6.1999.

Gemeinsame Strategie der Europäischen Union für Rußland und Erklärung des Europäischen Rates zu der Gemeinsamen Strategie für Rußland, ABl., Nr. L 157 v. 24.6.1999.

Beschluß des Rates zur Verlängerung der Geltungsdauer der Gemeinsamen Aktion 97/289/GASP über ein Hilfsprogramm der Europäischen Union zur Unterstützung der Palästinensischen Autonomiebehörde bei ihren Bemühungen zur Bekämpfung terroristischer Aktivitäten, die von den unter ihrer Kontrolle stehenden Gebieten ausgehen, ABl., Nr. L 171 v. 7.7.1999.

Beschluß des Rates betreffend einen Beitrag der Europäischen Union zur Einsammlung und Vernichtung von Waffen in Albanien, ABl., Nr. L 123 v. 13.5.1999.

Beschluß des Rates über die praktischen Regelungen für die Beteiligung aller Mitgliedstaaten an Aufgaben nach Artikel 17 Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union, für welche die Union die WEU in Anspruch nimmt, ABl., Nr. L 123 v. 13.5.1999.

Beschluß des Rates über die Regelungen für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Westeuropäischen Union, ABl., Nr. L 153 v. 19.6.1999.

Beschluß des Rates zur Durchführung des Gemeinsamen Standpunkts 1999/318/GASP betreffend zusätzliche restriktive Maßnahmen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, ABl., Nr. L 123 v. 13.5.1999.

2.17. Außenwirtschafts-, Assoziierungs- und Beitrittspolitik

Dokumente zur Erweiterung der Europäischen Union finden sich unter den folgenden Internet-Adressen der Europäischen Kommission: Stellungnahmen zu den Erweiterungskandidaten: „europa.eu.int/comm/dg1a/enlarge/agenda2000_en/opinions/opinions.htm"; Fortschrittsberichte: „europa.eu.int/comm/dg1a/enlarge/report_11_98_en/index.htm"; Commission Impact Study: „europa.eu.int/comm/dg1a/enlarge/agenda2000_en/impact/contents.htm"; Beitrittspartnerschaften: „europa.eu.int/comm/dg1a/enlarge/access_partnership/intro/index.htm"; PHARE: „europa.eu.int/comm/dg1a/phare/index.htm"; Twinning – ein Instrument zum 'Institution building': „europa.eu.int/comm/dg1a/enlarge/twinning/intro/index.htm"; Progress Monitoring: „europa.eu.int/comm/dg11/enlarg/home.htm". Das EP unterhält ebenfalls eine Internetseite mit einer Fülle neuerer Dokumente sowie sogenannte „Fiches thématiques" über Einzelaspekte der EU-Erweiterung: „europarl.eu.int/enlargement/ en/ default.htm".

Beschluß des Rates über den Abschluß eines Abkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika über die Anwendung der Wettbewerbsregeln, ABl., Nr. L 173 v. 18.6.1998.

Beschluß des Rates über den Abschluß eines wissenschaftlich-technischen Kooperationsabkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika, ABl., Nr. L 284 v. 22.10.1998.

Decision of the council: European Association Agreement with Slovenia, ABl., Nr. L 137 v. 18.6.1998.

Beschluß des Rates über eine Finanzhilfe für Bosnien und Herzegowina, ABl., Nr. L 123 v. 13.5.1999.

Beschluß des Rates über den Abschluß des Rahmenabkommens über die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Republiken Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama, ABl., Nr. L 63 v. 12.3.1999.

Beschluß des Rates über eine Finanzhilfe für Albanien, ABl., Nr. L 110 v. 28.4.1999.

Beschluß des Rates über den Abschluß des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika über die gegenseitige Anerkennung, ABl., Nr. L 31 v. 4.2.1999.

Beschluss des Rates betreffend die Ratifikation des Übereinkommens zur Durchführung der Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen v. 10. 12.1982 über die Erhaltung und Bewirtschaftung von gebietsübergreifenden Fischbeständen und weit wandernden Fischbeständen durch die Europäische Gemeinschaft, ABl., Nr. L 189 v. 3.7.1998.

Pacte de préadhésion sur la criminalité organisée entre les Etats membres de l'Union européenne et les candidats d'Europe centrale et orientale et Chypre. ABl., Nr. C 220 v. 15.7.1998.

Verordnung (EG) Nr. 1266/1999 des Rates zur Koordinierung der Hilfe für die beitrittswilligen Länder im Rahmen der Heranführungsstrategie, ABl., Nr. L 161 v. 26.6.1999.

Verordnung (EG) Nr. 1267/1999 des Rates über ein strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt, ABl., Nr. L 161 v. 26.6.1999.

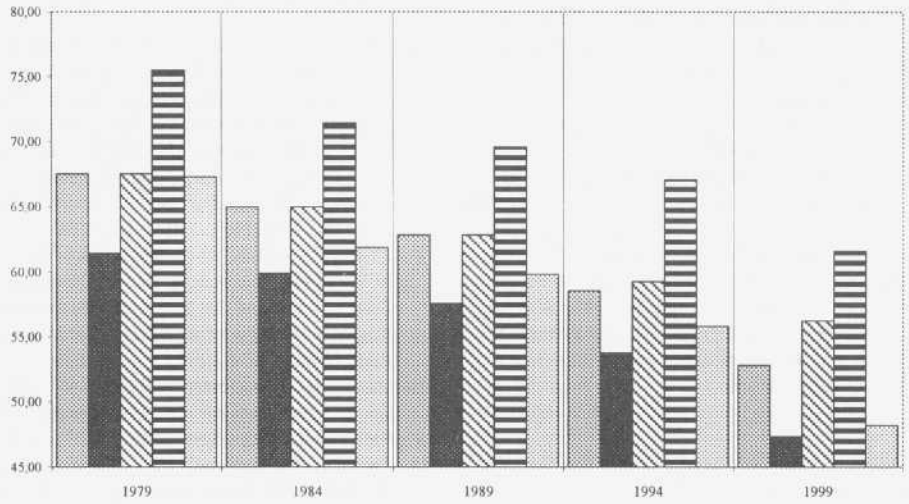
2.18. Entwicklungspolitik

Verordnung (EG) Nr. 975/1999 des Rates zur Festlegung der Bedingungen für die Durchführung von Maßnahmen auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit, die zu dem allgemeinen Ziel der Fortentwicklung und Festigung der Demokratie und des Rechtsstaats sowie zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten beitragen, ABl., Nr. L 120 v. 8.5.1999.

3. DIE WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

An den fünften Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1999 beteiligten sich 143.800.610 Wählerinnen und Wähler. Die Wahlbeteiligung lag bei 49,9%; sie ist damit im Vergleich zu den vierten Direktwahlen um fast sieben Prozentpunkte gefallen. Läßt man die beiden EU-Staaten Belgien und Luxemburg außer Acht, weil hier gesetzliche die Wahlpflicht vorgeschrieben ist (und die Wahlbeteiligung trotzdem nur bei 91 bzw. bei 85,5 % lag), dann fällt der Rückgang in der Wahlbeteiligung mit etwas mehr als 47% noch dramatischer aus.

Grafik 1: Durchschnittliche EP-Wahlbeteiligung 1989-1999 in Prozent



Die Säulen bilden von links nach rechts folgende Werte a: EU-15; EU-13; EG-12; EG-6, EG-4 (D,F,I,NL). Da in Belgien und Luxemburg Wahlpflicht herrscht, wurden die Werte dieser Länder in die Berechnung der EU-13 und EG-4 nicht miteinbezogen.

Quellen: Institute for Democracy and Electoral Studies, im Internet verfügbar unter http://www.idea.int; Europäisches Parlament: Wahlanalyse 1999; CRP Luxembourg: Analyse Première des Eléctions Européennes 1999.

Die Wahlergebnisse in den Mitgliedstaaten der EU

In der Legende werden die Abkürzungen ausgeschrieben und die von den Parteien gewonnen Mandate im Europäischen Parlament angegeben. Ein * bezeichnet Parteien, die entweder 1994 oder 1999 nicht mehr oder nicht mit einer eigenständigen Liste angetreten sind.

Tabelle 1: Ergebnisse aus Dänemark, Luxemburg und den Niederlanden

Dänemark			Luxemburg			Niederlande		
	1994	1999		1994	1999		1994	1999
SD	15,8	16,5	CSV	31,4	31,9	CDA	30,8	26,9
FB	10,3	7,3	LSAP	24,8	23,2	PvDA	22,9	20,1
KON	17,7	8,8	DP	18,9	20,8	VVD	17,9	19,7
Venstre	19	23,3	Grüne	10,9	10,9	D 66	11,7	5,8
SVP	8,6	7,1	Andere	14	13,2	Groenlinks	6,1	11,9
RV	8,5	9,1				OP	7,8	8,7
JB	15,2	16,1				SP	1,3	5
FP	2,9	5,8				Andere	1,5	1,9
Andere	1,1	6						

DÄNEMARK

KON Det Konservative Folkeparti (Konservative Volkspartei): 1; **SD** Socialdemokratiet (Sozialdemokratische Partei): 3; **Venstre Venstre** (Liberale Partei): 5; **RV** Det Radicale Venstre (Sozialliberale Partei): 1; **SF** Socialistisk Folkeparti (Soziale Volkspartei, europakritisch): 1; **JB** Junibevaegelsen (Junibewegung): 3; **FB** Folkebevaegelsen Mod EU (Volksbewegung, europakritisch): 1.

LUXEMBURG

CSV Chrëschtlech Soziale Vollekspartei (Christlich-Soziale Volkspartei): 2; **LSAP** Lëtzeburger Sozialistesch Aarbechterpartei (Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei): 2; **DP** Demokratesch Partei (Demokratische Partei): 1; **Déi Gréng**: (Grüne):1.

NIEDERLANDE

PvdA Partij van de Arbeid (Arbeiterpartei): 6; **CDA** Christen Democratisch Appel (Christdemokraten): 9; **VVD** Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (Volkspartei für Freiheit und Demokratie, rechtsliberal): 6; **D 66** Democraten 66 (Linksliberale): 2; **Groenlinks** Grüne Linke: 4; **SP** Socialistsche Partij (Sozialistische Partei): 1; **OP** Orthodoxe Parteien: RPF/SGP/GVP – Reformatorische Politieke Federatie / Staatkundig Gereformeerde Partij / Gereformeerde Politiek Verbond (Reformierter Politischer Bund / Reformierte Staatspartei / Reformierte Politische Gemeinschaft): 3.

Tabelle 2: Ergebnisse aus Österreich, Finnland und Schweden

Osterreich			Finnland			Schweden		
	1996	1999		1996	1999		1995	1999
ÖVP	29,6	30,6	KESK	24,4	21,3	SAP	28,1	26,3
SPÖ	29,1	31,7	SDP	21,5	17,8	M	23,2	20,6
FPÖ	27,6	23,5	KOK	20,2	25,3	VP	12,9	15,8
Grüne	6,7	9,2	VL	10,5	9,1	MP	17,2	9,4
LF	4,2	2,6	VIHR	7,6	13,4	CP	7,2	6
Andere	2,8	3,1	SFP	5,7	6,1	FPL	4,8	13,8
			Andere	10,1	7	KD	*	7,6
						Andere	6,6	2,1

ÖSTERREICH

SPÖ Sozialdemokratische Partei Österreichs: 7; **ÖVP** Österreichische Volkspartei: 7; **GRÜNE** Die Grünen – Die Grüne Alternative: 2; **FPÖ** Freiheitliche Partei Österreichs: 5.

FINNLAND

SDP Suomen Sosialidemokraattinen Puolue (Finnische Sozial-Demokratische Partei): 3; **KOK** Kansallinen Kokoomus (Nationale Koalitions-Partei): 4; **SKL** Suomen Kristillinen Liitto (Finnische Christliche Union): 1; **KESK** Suomen Keskusta (Zentrumspartei): 4; **SFP** Svenska Folkspartiet (Schwedische Volkspartei, Partei der schwedisch-sprachigen Minderheit): 1; **VIHR** Vihreät (Grüne Liga): 2; **VL** Vasemmistoliitto (Linke Allianz): 1.

SCHWEDEN

SAP Socialdemokratiska Arbetarepartiet (Sozialdemokratische Arbeiterpartei): 6; **M** Moderata samlingspartiet (Gemäßigte Partei): 5; **KD** Kristdemokraterna (Christdemokraten): 2; **FPL** Folkpartiet Liberalerna (Liberale Volkspartei): 3; **CP** Centerpartiet (Zentrumspartei): 1; **MP** Miljöpartiet (Umweltpartei): 2; **VP** Vänsterpartiet (Europakritische Linkspartei): 3.

Tabelle 3: Ergebnisse aus Deutschland, Griechenland und Irland

Deutschland			Griechenland			Irland		
	1994	1999		1994	1999		1994	1999
SPD	32,2	30,9	PASOK	37,6	32,9	FF	35	38,6
CDU/CSU	38,8	48,7	ND	32,7	36	FG	24,3	24,6
Grüne	10,1	6,4	KKE	6,3	8,7	Labour	11	8,7
PDS	4,7	5,8	SYN	6,3	5,2	Greens	7,9	6,7
FDP	4,1	3	PA	8,7	2,3	PD	6,5	8,1
Republikaner	3,9	1,7	DIANA	2,8	*	Unabhängige	6,9	*
Andere	6,2	8,3	DIKKI	*	6,8	DL	3,5	3,7
			Andere	5,6	8,1	Andere	4,9	9,6

DEUTSCHLAND

CDU Christlich-Demokratische Union: 43; **SPD** Sozialdemokratische Partei Deutschlands: 33; **CSU** Christlich Soziale Union: 10; **GRÜNE** Bündnis 90/Die Grünen: 7; **PDS** Partei des Demokratischen Sozialismus: 6.

GRIECHENLAND

ND Nea Dimokratia (Neue Demokratie, Konservative Partei): 9; **PASOK** Panellinio Socialistiko Kinima (Sozialistische Partei Griechenlands): 9; **KKE** Kommounistiko Komma Elladas (Griechische Kommunistische Partei): 3; **SYN** Synaspismos tis aristeras kai tis proodou (Zusammenschluß linker und fortschrittlicher Kräfte, Intellektuelle Linke): 2; **PA** Politiki Anixi (Politischer Frühling); **DIKKI** Dimokratiko Kininiko Kinima (Sozialdemokratische Bewegung, linke Abspaltung der PASOK): 2.

IRLAND

FG Fine Gael (Gälischer Stamm): 4; **FF** Fianna Fail (Krieger des Schicksals) : 6; **Labour** Labour Party (Arbeiterpartei): 1; **Greens** Green Party (Grüne): 2; **PD** Progressive Democrats (Liberale) 2.

Tabelle 4: Ergebnisse aus Portugal, Spanien und dem Vereinigten Königreich

Portugal			Spanien			Großbritannien		
	1994	1999		1994	1999		1994	1999
PSD	34,4	31,08	PSOE	30,7	35,34	Labour	42,7	28
PS	34,8	43,06	PP	40,2	39,59	CON	26,8	35,8
CDU	11,2	10,32	IU	13,5	5,78	LIBDEM	16,1	12,7
CDS	12,5	8,17	EA/PNV	4,6	2,9	SNP/PCYM	3,2	4,53
Andere	7,1	7,36	CIU	4,7	4,49	Greens	3,1	6,2
			CE:PA/CC	*	3,21	DUP	1	0,8
			Andere	6,3	11,9	SDLP	1	0,9
						UKIP	*	7
						Andere	3,2	1,9

PORTUGAL

PS Partido Socialista (Sozialistische Partei): 12; **PSD** Partido Social Democrata (Sozialdemokratische Partei): 9; **PCP** Partido Communista Portugues (Kommunisten): 2; **CDS** Centro democratico social (Volkspartei) : 2.

SPANIEN

PP Partido Popular: 27; **CIU** Convergencia i Unió/Unió Democratica de Catalunya (Katalanische Nationalisten): 1; **PNV** Partido Nacionalista Vasco (Regionalistische Partei): 1; **PSOE** Partido Socialista Obrero Español (Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens): 22; **PDNI** Partido de la Nueva Izquierda (Neue Linke): 2; **CIU** Convergencia Democratica de Catalunya (Katalanische Nationalisten): 2; **CE:CC** Coalición Canaria (Regionalistische Partei): 1; **CE:PA** Coalición Europea: Partido Andalucista (Regionalistische Partei): 1; **EA** Eusko Alkartasuna (Regionalistische Partei): 1; **BNG** Bloque Nacionalista Gallego (Galizische Nationalisten): 1; **IU** Izquierda Unida (Vereinigte Linke): 4; **EH** Euskal Herritarrok (Radikale Baskische Partei, linksorientiert): 1.

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Labour Labour Party (Arbeiterpartei): 29; **SDLP** Social Democratic and Labour Party - Northern Ireland (Sozialdemokratische und Arbeiterpartei Nordirlands): 1; **CON** Conservative (Europakritisch, Konservative Partei): 36; **UUP** Ulster Unionist Party (Moderate Partei für die Einheit mit Großbritannien): 1; **LIBDEM** Liberal Democrats (Liberale Demokraten): 10; **Greens** (Grüne): 2; **SNP** Scottish National Party (Schottische Nationalpartei): 2;

PCYM Plaid Cymru (Walisische Partei): 2; **UKIP** UK Independance Party (Unabhängigkeitspartei): 3; **DUP** Democratic Unionist Party (Demokratische Partei für die Einheit mit Großbritannien, Nordirland): 1.

Tabelle 5: Ergebnisse aus Belgien, Italien und Frankreich

Belgien			Italien			Frankreich		
	1994	1999		1994	1999		1994	1999
SP	10,80	9	FI	30,6	25,2	PS/Radical/MDC 1999	27,4	21,97
PS	11,30	9,7	PDS	19,1	17,4	PS 1994	14,5	*
CVP	17,00	13,9	AN/Segni	15,8	10,3	Radical 1994	12,9	*
PSC	6,90	5,1	PPI	10	4,3	UDF/RPR 1994	25,6	
CSP	0,20	0,2	LN	6,6	4,5	RPR u.a. 1999	*	12,71
VLD	11,40	13,5	RC/CI	6,1	6,3	UDF 1999	*	9,29
PRL	9,00	9,9	PRI	0,7	0,5	L'Autre Europe RPF	12	13,1
VU	4,40	7,2	Fed. Verdi	3,2	1,8	FN	10,5	5,7
Agalev	6,70	7,4	BONINO	3	8,5	PCF / LO	6,9	11,96
Ecolo	4,80	8,2	PSI-AD	1,8	2	Verts	2,9	9,72
VB	7,80	9,2	PSDI	0,7	2,1	CPNT	*	6,77
FN	2,90	1,2	I DEMO	*	7,7	Andere	18,2	9,9
Andere	6,90	5,5	Andere	3,1	9,8			

BELGIEN

CVP Christelijke Volkspartij (Christliche Volkspartei): 3; **PSC** Parti social-chrétien (Christlich-Soziale Partei): 1; **CSP** Christliche Soziale Partei-Europäische Volkspartei : 1 ; **SP** Socialistische partij (Sozialistische Partei): 2; **PS** Parti socialiste (Sozialistische Partei): 3; **VLD** Vlaamse Liberalen en Demokraten (Flämische Liberale und Demokraten): 3; **PRL** Parti Réformateur Libéral / **FDF** – Front Démocratique des Francophones (Liberale Reformpartei/ Demokratische Front der Frankophonen): 2; **Agalev** (Anders Leben): 2; **Ecolo** (Wallonische Grüne): 3; **VB** Vlaams Blok (Flämischer Block): 2.

ITALIEN

PDS Democratici di sinistra (Linke Demokraten): 15; **PSDI** Socialisti Democratici italiani (Demokratische Italienische Sozialisten): 2; **FI** Forza Italia (Konservativ): 22; **PPI** Partito Popolare italiano (Italienische Volkspartei): 4; **UDEUR** Unione democratici Europei (Demokratische Europäische Union): 1; **CCD** Centro Cristiano democratico (Christdemokraten): 2; **CDU** Cristiani Democratici Unitari (Vereinigte Christdemokraten): 2; **I DEMO** I Democratici (Die Demokraten): 6; **PRI** LIBERALI (Liberale): 1; **Fed.Verdi** Federazione dei Verdi (Grüne): 2; **RC/CI** Rifondazione Comunista (Kommunistische Partei): 4; Communisti Italiani (Italienische Kommunisten): 2; **AN/SEGNI** Alleanza Nazionale/ Patto Segni (Nationale Allianz, rechtsgerichtet): 9; **BONINO** Liste Emma Bonino: 7; **LN** Lega Nord (Liga für Norditalien): 4.

FRANKREICH

UDF Union pour la Démocratie Française (Union für die französische Demokratie): 9; **RPR/DL/SC** Rassemblement pour la République (Zusammenschluß für die Republik): 6 Démocratie Libérale (Liberale Demokratie): 4; Société Civile (Zivilgesellschaft): 1; **PS** Parti Socialiste (Sozialistische Partei): 18; **Radical Parti Radical de Gauche** (Radikale Linke): 2; **MDC** Mouvement des Citoyens (Bewegung der Bürger): 2; **Verts Les Verts** (Die Grünen): 9; **PCF** Parti communiste français (Kommunistische Partei Frankreichs): 4; **LO** Lutte ouvrière/Ligue Communiste Révolutionnaire (Kampf der Arbeiter/Revolutionäre Liga der Arbeiter): 5; **RPF** Rassemblement pour la France et l'Indépendance de l'Europe (Zusammenschluß für Frankreich und die Unabhängigkeit Europas): 12; **CPNT** Chasse, Pêche, Nature, Traditions (Jäger, Fischerei, Natur, Traditionen): 6; **FN** Front National (Nationale Front): 5; **Ind** Indépendants (Unabhängige, gewählt auf der Liste RPF): 1.

4. DIE ZUSAMMENSETZUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTES

Die nachfolgenden Daten beziehen sich auf die Daten der Sitzung des Europäischen Parlaments vom 20.7.1999 bis zum 23.7.1999. Erfahrungsgemäß änderen sich die Fraktionszugehörigkeiten vor allem bei den Parteien EVP (Fraktion der Europäischen Volkspartei), KVEL/NGL (Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke), UEN (Fraktion der Unabhängigen für das Europa der Nationen) relativ häufig aufgrund von Fraktionswechseln vor allem kleinerer Parteien in diesen Gruppen.

Mit dem neu gewählten Parlament haben sich

zwei neue Gruppen gebildet: Die Fraktion Europa der Demokratien und Unterschiede (EDU) mit 16 Mandaten unter dem geschäftsführender Vorsitz von Jens-Peter BONDE sowie die aus 20 Abgeordneten zusammengesetzte Technische Fraktion der Unabhängigen Abgeordneten (TUA), in der sich neben den rechtsextremistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Belgiens auch die italienischen Radikalen der ehemaligen EU-Kommissarin Bonino zusammengeschlossen haben. Am 23. Juli 1999 ergab sich folgende Zusammensetzung des Europäischen Parlamentes:

Tabelle 6: Zusammensetzung des Parlamentes nach Politischen Fraktionen

	B	DK	D	GR	E	F	IRL	IT	L	NL	A	P	SF	S	UK	Tot.
EVP	6	1	53	9	28	21	5	34	2	9	7	9	5	7	37	233
SPE	5	3	33	9	24	22	1	17	2	6	7	12	3	6	30	180
ELDR	5	6	-	-	3	-	1	7	1	8	-	-	5	4	10	50
Grüne	7	-	7	-	4	9	2	2	1	4	2	-	2	2	6	48
KVEL	-	1	6	7	4	11	-	6	-	1	-	2	1	3	-	42
UEN	-	1	-	-	-	12	6	-	-	-	-	2	-	-	-	21
EDU	-	4	-	-	-	6	-	-	-	3	-	-	-	-	3	16
TUA	2	-	-	-	1	5	-	12	-	-	-	-	-	-	-	20
FL	-	-	-	-	-	1	-	9	-	-	5	-	-	-	1	16
Tot.	25	16	99	25	64	87	15	87	6	31	21	25	16	22	87	626

EVP Fraktion der Europäischen Volkspartei; SPE Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas; ELDR Fraktion der Liberalen Demokraten und Reformer; GRÜNE/FEA Fraktion DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament/Freie Europäische Allianz; KVEL/NGL Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/ Nordische Grüne Linke; UEN Fraktion der Unabhängigen für das Europa der Nationen; EDU Fraktion Europa der Demokratien und Unterschiede; TUA Technische Fraktion der Unabhängigen Abgeordneten; FL Fraktionslos.

Die Fraktion der EVP hat den deutschen CDU-Abgeordneten Hans-Gert Poettering zum Vorsitzenden gewählt. Die SPE-Fraktion wählte den spanischen PSOE-Abgeordneten Enrique Baron Crespo, die Fraktion der ELDR den britischen Liberaldemokraten Pat Cox, die Fraktion DIE GRÜNEN im EP/Freie Europäische Allianz die beiden Vize-Präsidenten Paul Lannoye und Heidi Hautala, die KKVEL/NGL Francis Wurtz, die UEN-Fraktion Charles Pasqua und die Fraktion EDU als geschäftsführenden Präsidenten Jens-Peter Bonde.

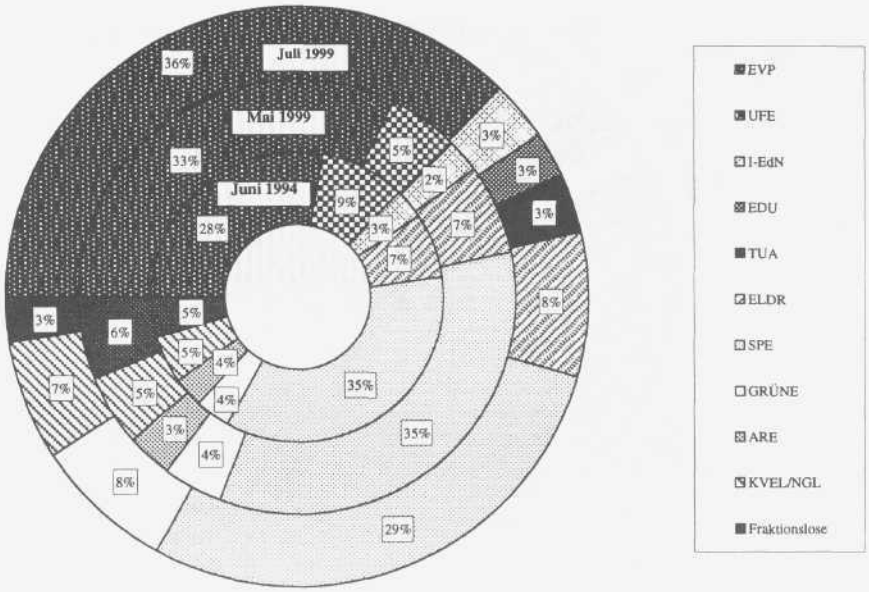
Die folgende Graphik 2 vergleicht die fraktionsmäßigenen Zusammensetzungen des Europäischen Parlaments. Ausgewählt wurden die Daten vom Juni 1994 unmittelbar nach Beginn der Sitzungsperiode, vom Mai 1999 kurz vor den letzten Parlamentswahlen sowie vom 23. Juli 1999.

Bei Abstimmungen mit absoluter Mehrheit – zum Beispiel bei Änderungsanträgen im Verfahren der Mitentscheidung – benötigt das Parlament mehr als 50% d.h. mindestens 214 Stimmen. Keine der beiden größten Fraktionen bringt diese Mehrheit alleine zustande. SPE und EVP erreichen zusammen 65% der Stimmen. Theoretisch ist daher mit fallbezogenen „Großen Koalitionen" zu rechnen. Alternativ zu diesem Modell bieten sich für das neue Parlament die in den nachfolgenden Tabellen dargestellten „Links/Rechts"-Koalitionsoptionen an:

Beide großen Fraktionen werden weiterhin auf mindestens drei weitere Fraktionen angewiesen sein, wenn sie nicht gemeinsam entscheiden wollen. In der Praxis weichen jedoch auch innerhalb der in Tabelle 8 ausgewiesenen Koalitionen einzelne Abgeordnete vom Fraktionszwang ab.

Bei WWU-bezogenen Entscheidungen dürfte es als wahrscheinlich gelten, daß die britischen Konservativen nicht geschlossen mit der EVP-Fraktion stimmen. Unwahrscheinlicher, aber nicht auszuschließen ist in diesem Fall dagegen die Abweichung der britischen Labour-Party von der Haltung der SPE-Fraktion, da die Labour-Abgeordneten neben dem Fraktionszwang auch einem erheblichen „Pro-Euro"-Druck seitens ihres Parteivorsitzenden und der britischen Regierung ausgesetzt sind.

Grafik 2: Zusammensetzung des Europäischen Parlamentes 1994-1999



EVP und SPE haben somit etwa gleich schwere Chancen zur Bildung von Alternativkoalitionen, wobei eine Abweichung der britischen Konservativen bei der EVP nur durch eine Koalition mit allen Grünen und mindestens sechs weiteren Abgeordneten der EDU, der TUA oder aus den Reihen der Fraktionslosen kompensiert werden kann. Verweigern sich dagegen die britischen Labour-Abgeordneten dem SPE-Fraktionszwang, dann ist die SPE zur Koaltion mit der EDU, der TUA oder den fraktionsunabhängigen Abgeordneten gezwungen.

Eine „Machtverschiebung" zugunsten der in der Tagespresse sowie im Europäischen Parlament selbst vielzitierten 'Mitte-Rechts-Koalition' ist allerdings nicht gegeben.

Tatsächlich hat sich für die EVP lediglich die Option zur Bildung von Alternativkoalitionen im Vergleich zu ihrem Status in der zurückliegenden Legislaturperiode verbessert. Der Vergleich der

Tabelle 7: Alternative Koalitionsmodelle für EVP und SPE im EP 1994-1999

„Linkskoalition"	Fraktionsstärke	Rechnerische Koalitionsstärke	„Rechtskoalition"	Fraktionsstärke	Rechnerische Koalitionsstärke
SPE	35 %	35 %	EVP	33 %	33 %
ARE	3 %	38 %	ELDR	7 %	40 %
Grüne	4 %	42 %	I-EDN	2 %	42 %
ELDR	7 %	49 %	UFE	5 %	47 %
KVEL/NGL o.	5 %	54 %	Grüne o.	4 %	51 %
UFE o.	5%	54 %	ARE o.	3 %	50 %
I-EDN o.	2 %	51 %	Fraktionslose	6 %	53 %
Fraktionslose	6 %	55 %			

Grafik 3: Gewichtsverteilung im EP 1999-2004; Koalitionsoptionen der Fraktionen

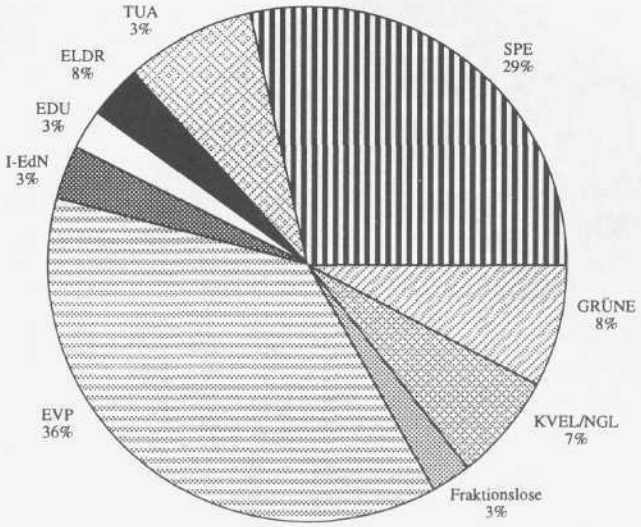


Tabelle 8 mit Tabelle 9 zeigt, daß es für die SPE schwerer und für die EVP einfacher wird, bei Alternativkoalitionen abweichende Abgeordnete aus den eigenen Reihen mit Abgeordneten anderer Fraktionen zu kompensieren. Hierbei ist aber zu beachten, daß der Kompensationsbedarf bei der EVP aufgrund ihrer heterogenen Zusammensetzung (britische Konservative mit einem Anteil von 16% an der EVP-Fraktion, fragmentierte christdemokratische Gruppierungen aus Italien) wesentlich höher ist als bei der SPE.

Tabelle 8: Alternative Koalitionsmodelle für EVP und SPE im neuen EP

„Linkskoalition"	Fraktionsstärke	Rechnerische Koalitionsstärke	„Rechtskoalition"	Fraktionsstärke	Rechnerische Koalitionsstärke
SPE (SPE - UK Labour)	29 % (24,2 %)	29 % (24,2 %)	EVP (EVP - UK CON)	36 % (30 %)	36 % (30 %)
Grüne	8 %	37 % (32,2 %)	ELDR	8 %	44 % (38 %)
ELDR	8 %	45 % (40,2 %)	I-EDN	3 %	47 % (41 %)
KVEL/NGL	7 %	52 % (47,2 %)	Fraktionslose o.	3 %	50 % (44 %)
			TUA o.	3 %	50 % (44 %)
			Grüne	8 %	55 % (49 %)
EDU o.	3 %	Jeweils	EDU o.	3 %	53 % - 58 % (47 % - 52 %)
Fraktionslose o.	3 %	55 % (50,2 %)	Fraktionslose o.	3 %	53 % - 58 % (47 % - 52 %)
TUA	3 %		TUA o.	3 %	53 % - 58 % (47 % - 52 %)
			Grüne	8 %	58 % (52 %)

EU – Kanada

17. Dezember: Im Rahmen der Gemeinsamen politischen Erklärung findet in Ottawa das Gipfeltreffen EU-Kanada statt. Die Parteien beschließen eine neue Handelsinitiative, die sich auf den handelspolitischen Teil des 1996 angenommenen Aktionsplanes stützt. Sie unterzeichnen unter anderem ein Abkommen zur Zusammenarbeit bei der Kernforschung und ein Abkommen über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit.

Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

17. Dezember: In Luxemburg findet die ordentliche Tagung des beratenden EGKS-Ausschusses statt. Dabei geht es unter anderem um den zehnten Bericht über die Kontrolle der Beihilfen für die Stahlindustrie, um das Vorausschätzungsprogramm „Stahl" für das erste Halbjahr 1999, den Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie über Großfeuerungsanlagen.

EU – USA

18. Dezember: Im Rahmen der Transatlantischen Erklärung findet in Washington das Gipfeltreffen EU-USA statt. Dabei begrüßen die Parteien den Beginn der Transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft, sie erörtern globale Handelsfragen und geben Erklärungen ab zur Entwicklung des transatlantischen Dialoges, zum Nahost-Friedensprozeß sowie zur Wiederherstellung der Stabilität auf dem Balkan.

Umwelt

20./21. Dezember: Die Umweltminister der Gemeinschaft beraten in Brüssel über die Minderung der CO-2-Emissionen von Personenkraftwagen, die Kennzeichnung bestimmter gefährlicher Stoffe, die Klimaänderungen, die Chemikalienpolitik sowie über Vereinbarungen mit der nichteuropäischen Automobilindustrie.

Forschung

22. Dezember: In Brüssel tagen die Forschungsminister der Union über spezifische Programme zur Durchführung des Fünften Rahmenprogramms im Bereich der Forschung sowie im Bereich der Forschungskooperation mit den Mittelmeerdrittländern.

GASP / Zypern

31. Dezember: In einer Gemeinsamen Erklärung begrüßen die Fünfzehn des Beschluß des zypriotischen Staatspräsidenten Klerides, keine SS-300-Raketen auf der Insel zu stationieren. Sie betonen, daß sie die Vermittlungsbemühungen des Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs für Zypern voll und ganz unterstützen.

Wirtschaft und Finanzen

31. Dezember: Auf dieser Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister der Union in Brüssel geht es ausschließlich um den Umrechnungskurs zwischen dem Euro und den Währungen der Mitgliedstaaten.